

Gegen die Kriminalisierung von Obdachlosen - Armut ist kein Verbrechen!

Wien (OTS) - SozialarbeiterInnen und Streetworker schlagen Alarm - europaweit!

FEANTSA (European Federation of National Organisations working with the Homeless) startet eine EU-weite Kampagne am 8. Juni 2012 "Poverty is not a crime!".

Europaweit gibt es trotz ambitionierter Programme gegen Obdachlosigkeit mehr und mehr Menschen, die nicht nur zwischen allen Stühlen, sondern gänzlich ohne dastehen.

Es ist ein Gruppe von Menschen, die aus sehr armen Regionen Europas und der EU kommen und in den grösseren Städten für sich und ihre Familien neue Chancen suchen.

Soziale Unterstützungen greifen für diese Gruppe zumeist nicht, da sie an legale Aufenthalte gebunden sind, die diese Menschen nicht haben, auch nicht erlangen können, da sie zuwenig Einkommen haben. Viele leben bereits jahrelang hier oder anderswo, haben schwarz gearbeitet und haben jetzt aus vielerlei Gründen, auch wegen der andauernden Krise keine Arbeit mehr.

Sie haben keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt, auch die Wohnungslosenhilfe ist an Anspruchsberechtigungen gekoppelt und somit weitgehend nicht für die betroffene Menschengruppe zuständig, bzw. kann diesen Menschen Nichts anbieten.

So schlafen sie auf der Straße, in abgestellten Zügen und in Abbruchhäusern, die wenigen Notunterkünfte werden von Spendenorganisationen zur Verfügung gestellt und sind zumeist schnell "ausgebucht." Speziell hart bzw. fast unmöglich ist es für obdachlose Familien aus den osteuropäischen Ländern eine Unterkunft zu finden.

Auch zu medizinischer Versorgung gibt es kaum Zugang - ohne Krankenversicherung wird hauptsächlich Notversorgung angeboten, bei chronischen Erkrankungen wird es für diese Menschen eng. Auf der Strasse schlafen, "rough sleeping" macht Menschen krank, lässt sie zu Alkohol und Suchtmitteln greifen. Therapiemöglichkeiten gibt es für sie keine. In dieser Lage ist es auch nicht möglich, dass sie nach Hause zurückkehren.

Ohne Arbeit ist das Betteln oft die einzige Einkommensquelle, doch

sehr viele Städte in Österreich und in Europa haben Bettelverbote erlassen, die Strafen sind von diesen Menschen nicht bezahlbar. Ebenso werden Gesetze erlassen, die es diesen Menschen verbieten sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, sie werden weggewiesen, machen sich strafbar, wenn sie bleiben und werden in der Folge kriminalisiert.

SozialarbeiterInnen und Streetworker schlagen Alarm. Wegweisungen, Polizeieinsätze und Kriminalisierung dieser Menschen können keine Probleme lösen.

Menschenrechte sind für alle Menschen, sie sind nicht teilbar. Alle sind aufgefordert an menschlichen, grenzüberschreitenden und nachhaltigen Lösungen zu arbeiten und nicht nur die Zuständigkeit zu verschieben.

Weitere Ansprechpartner für Informationen:

BAST-Bundesarbeitsgemeinschaft Strassensozialarbeit

Österreich, <http://www.bast.at/>

Tel: 0043 (0)681 10 40 24 81

Armutskonferenz <http://www.armutskonferenz.at/>

Tel: 0043-1-402 69 44 11

FEANTSA: Freek Spinnewijn, Director, Samara Jones, Policy officer

Email: information@feantsa.org

Tel: +32 (0)2 538 66 69

Rückfragehinweis:

Obds -Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen

Maria Moritz, Vorsitzende

<http://www.sozialarbeit.at/>

0043-(0)699-11046488

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/7644/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0051 2012-06-08/09:36

080936 Jun 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120608_OTS0051